

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Soziale Dienste
Bearbeitet von: Georg Ritter

Siegen, 18.10.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss

17.11.2022

Kurzbezeichnung:

Landeskinderschutzgesetz Nordrhein-Westfalen

Beschlussvorschlag:

Der JHA nimmt die Ausführungen zum Landeskinderschutzgesetz NRW (LKSchG) inkl. der Dienstanweisung für den ASD Siegen („Dienstanweisung für den ASD zur Umsetzung des Schutzauftrages gem. § 8a SGB VIII“) zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In Nordrhein-Westfalen ist das "Gesetz zum Schutz des Kindeswohls und zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Landeskinderschutzgesetz NRW)" verabschiedet worden und am 01.05.2022 in Kraft getreten (Anlage).

Ziel des Gesetzes ist es, die Arbeit der Jugendämter in NRW bei der Abwehr von Kindeswohlgefährdungen auf der Grundlage von § 8a SGB VIII zu unterstützen. Dies soll u.a. durch die Sicherung fachlicher Mindeststandards und regelmäßige landesweite Qualitätsentwicklungsverfahren der Kinderschutzpraxis gewährleistet werden. Weiter sollen interdisziplinäre Netzwerke zum Kinderschutz aufgebaut und koordiniert, Leitlinien zu Kinderschutzkonzepten in Einrichtungen etabliert und Kinder und Jugendliche als Trägerinnen und Träger eigener Rechte maßgeblich beteiligt werden, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebenswelten, ihres Schutzes, Unterstützung und Hilfe geht.

Dabei greift das Landeskinderschutzgesetz NRW (LKSchG) einzelne Aspekte, die bereits über das Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz (KJSG) zu Änderungen im SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe-geführt haben auf, betont diese oder verstärkt diese für das Land NRW.

Erfreulicherweise ist mit der Verabschiedung des Gesetzes eine Kostenfolgenabschätzung erfolgt auf deren Grundlage mit Inkrafttreten des Gesetzes umfangreiche Kostenerstattun-

gen für die Kommunen zur Umsetzung der sich aus dem Gesetz ergebenden Aufgaben erfolgt (Belastungsausgleich).

Das Gesetz umfasst 19 Paragraphen. Die wesentlichen Inhalte und die geplante Umsetzung in Siegen werden in der Folge dargestellt:

Zunächst werden in § 1 die Begrifflichkeiten des „kooperativen, institutionellen und intervenierenden Kinderschutzes“ eingeführt:

Der **kooperative Kinderschutz** besteht in der Bildung, Aufrechterhaltung und fachlichen Qualifikation interdisziplinärer Netzwerke zwischen Beteiligten am Kinderschutz mit dem Ziel, die Rechtspositionen des Kindes zu wahren und zu fördern (§ 2, Abs. 5 LKSchG).

Der **institutionelle Kinderschutz** besteht in der Ausgestaltung von Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe unabhängig von ihrer Rechtsnatur oder Trägerschaft einschließlich der fachlichen Qualifikationen und persönlichen Eignung der Beschäftigten (§ 2, Abs. 6 LKSchG).

Der **intervenierende Kinderschutz** umfasst die entsprechenden Regelungen des Bundeskinderschutzgesetzes (Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz vom 22.12.2011 (KKG), den Schutzauftrag nach § 8a SGB VIII sowie die daraus resultierenden Eingriffsmöglichkeiten der staatlichen Stellen (Gericht, Jugendamt) bei Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung (§ 2, Abs. 7 LKSchG).

Zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen sollen diese und ihre Familien durch das Jugendamt auf die Möglichkeit der Beratung in einer sowie Vermittlung und Klärung bei Konflikten durch eine **Ombudsstelle** nach § 9a SGB VIII hingewiesen werden (§ 3, Abs. 3 LKSchG). Dabei unterstützt das Land die Schaffung und den Betrieb dieser Ombudsstellen finanziell in Höhe von 1.500.000 €.

Im Rahmen des Kinderschutzes hat das Jugendamt sicherzustellen, dass Informationen über mögliche Gefährdungen von Kindern oder Jugendlichen zu jeder Zeit aufgenommen und bearbeitet werden können und ein unverzügliches Handeln sichergestellt ist (§ 4, Abs. 2 LKSchG). Damit ist eine **Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit des Jugendamtes (ASD)** zu gewährleisten.

Dies ist in Siegen bereits seit vielen Jahren durch die Einrichtung eines Bereitschaftsdienstes ASD außerhalb der Dienstzeiten und an Wochenenden eingerichtet. Im Rahmen dieser Notdienststrufbereitschaft werden jährlich zwischen 80 und 120 Einsätzen geleistet.

In § 5 LKSchG werden konkret Erwartungen an die **fachlichen Standards in Verfahren zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung** formuliert. Gem. Gesetz (§ 5, Abs. 1 LKSchG) haben sich die Standards an den fachlichen Empfehlungen bei der Wahrnehmung des Schutzauftrages der Landesjugendämter NRW zu orientieren. Dabei soll insbesondere die fachliche Qualifikation der Fachkräfte im Jugendamt, die Bearbeitung des Kinderschutzes im Mehraugenprinzip und die schriftliche Dokumentation des zum jeweiligen Zeitpunkt festgestellten Gefährdungsrisikos für das betroffene Kind und die Grundlagen für diese Bewertung beachtet werden (§ 5, Abs. 2 LKSchG).

Anlassbezogen oder spätestens alle 5 Jahre sollen die fachlichen Empfehlungen der Landesjugendämter überprüft und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden (§ 5, Abs. 3 LKSchG).

Der ASD der Stadt Siegen arbeitet seit vielen Jahren im Rahmen des Kinderschutzes mit einem fachlich standardisierten Vorgehen im 4-Augen-Prinzip und entsprechender Dokumentation, die an den im Gesetzestext genannten Empfehlungen der Landesjugendämter NRW orientiert ist. Für das Vorgehen gibt es eine Dienstanweisung (Anlage), die ausführlich die einzelnen Schritte beschreibt. Dazu gehören verschiedene Dokumentationsbögen, die ebenfalls den vorgenannten Anforderungen entsprechen (Anlage).

Daneben findet eine regelmäßige Fortbildung der Fachkräfte im Themenbereich statt.

Von Seiten des Landes wurde empfohlen, das Kinderschutzverfahren vom jeweiligen kommunalen Jugendhilfeausschuss verabschieden zu lassen. Zudem ist vorgesehen, die Dienstanweisung auch formal in die Dienstanweisungen der Stadtverwaltung Siegen aufnehmen zu lassen und dadurch deren Verbindlichkeit weiter zu betonen.

Gem. § 7 LKSChG können sich die Jugendämter mit Anliegen der **Qualitätsberatung** zum Kinderschutzverfahren an eine Fachstelle wenden, die beim Ministerium als oberste Landesjugendbehörde angesiedelt werden soll.

Ferner unterstützt diese Stelle das Jugendamt im Rahmen eines **Qualitätsentwicklungsverfahrens** (§ 8 LKSChG) durch die Evaluation einer repräsentativen Stichprobe der durchgeführten Gefährdungseinschätzungen der letzten 5 Jahre und legt darüber einen Bericht vor, der die Erkenntnisse der Evaluation darlegt und daraus resultierende Umsetzungsvorschläge gibt. Diese sollen bei Vorliegen dem JHA vorgestellt werden.

Zur interdisziplinären Zusammenarbeit sind bei der Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung sog. **Netzwerke Kinderschutz** (§ 9 LKSChG) zu bilden. Dieses soll die Rahmenbedingungen für eine effektive und schnelle Zusammenarbeit bei möglicher Kindeswohlgefährdung herstellen. Dazu gehören insbesondere die strukturelle Vernetzung der mit einer möglichen Kindeswohlgefährdung befassten Stellen, Absprachen zum Verfahren gem. § 8a SGB VIII und § 4 KKG sowie die Herstellung von Transparenz über Informationswege.

In § 9, Abs. 4 LKSChG werden 12 Institutionen benannt, die insbesondere am Netzwerk beteiligt werden sollen.

Das Jugendamt soll für das Netzwerk Kinderschutz eine eigene **Koordinierungsstelle** unterhalten, die das Netzwerk in seiner Aufgabenwahrnehmung fachlich begleitet, die Netzwerktreffen koordiniert, für das Netzwerk regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen organisiert und den Informationstransfer zu anderen Netzwerken und Arbeitsgemeinschaften mit Berührungspunkten zum Kinderschutz (z.B. Netzwerk Frühe Hilfen) herstellt.

Das Netzwerk Kinderschutz und die Koordinierungsstelle sollen mindestens dreimal jährlich interdisziplinäre Qualifizierungsangebote zur Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung für die Berufsgruppen gem. § 9 Abs. 4 LKSChG organisieren.

Die Besetzung der Stelle „Koordination Netzwerk Kinderschutz“ wird stadtintern ausgeschrieben und voraussichtlich besetzt. Die Stelle soll beim Familienbüro angesiedelt werden, da hier bereits das Netzwerk Frühe Hilfen koordiniert wird und es Schnittmengen und Anknüpfungspunkte zu dem Themenfeld gibt.

Spezifische **Kinderschutzkonzepte** sind für **Pflegekinder** zu entwickeln (§ 10 LKSChG). Dazu werden von den Landesjugendämtern Empfehlungen entwickelt, die ebenfalls alle 5 Jahre evaluiert und weiterentwickelt werden.

Das Jugendamt hat sicherzustellen, dass ein auf Grundlage der v.g. Empfehlungen entwickeltes Konzept während der Dauer eines Pflegeverhältnisses angewandt und auf das konkrete Pflegeverhältnis bezogen ausgestaltet wird. Dazu sollen die Pflegeperson und das Pflegekind vor und während des Pflegeverhältnisses beraten werden.

Ebenso sind Kinderschutzkonzepte (Sicherung deren Rechte und Schutz vor Gewalt) für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln, anzuwenden und zu überprüfen (§ 11 LKSchG).

Das gleiche gilt für alle Träger von betriebserlaubnispflichtigen Einrichtungen gem. § 45 SGB VIII, Träger von Einrichtungen oder Angeboten nach dem Kinder- und Jugendförderungs-gesetz, Kindertagespflegerpersonen und Trägern der OGGS. Die Umsetzung der Kinderschutzkonzepte soll fachlich beraten und durch **Qualifizierungsangebote** unterstützt werden.

Entsprechende Aktivitäten werden im Jugendamt bereits vorgenommen. Qualifizierungsangebote zum Kinderschutz sind bereits Bestandteil der Ausbildung für Kindertagespflegerpersonen und werden umgesetzt, für weitere Berufsgruppen bestehen entsprechende Planungen. Daneben unterstützt das Jugendamt im Rahmen der AG Jugendarbeit sowie über gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen für hauptberufliche Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtgebiet die Entwicklung von Rechte- und Schutzkonzepten in den Kinder- und Jugendeinrichtungen. Der Prozess wird fachlich von einer erfahrenen Fachkraft für strukturelle Prävention in der Kinder- und Jugendarbeit begleitet. Der Stadtjugendring Siegen e.V. ist im Prozess eingebunden und wird in der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit die Entwicklung von Schutzkonzepten beratend unterstützen.

Zur Durchführung der pflichtigen Aufgaben erhalten die Kommunen für die Aufgaben nach § 5 LKSchG (Fachliche Standards in Verfahren zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung), § 8 LKSchG (Qualitätsentwicklung) und § 9 LKSchG (Netzwerke Kinderschutz) einen Belastungsausgleich durch das Land (§ 12 LKSchG).

Gem. Leistungsbescheid vom 19.08.2022 wurden zum 30.09.2022 bereits 237.452,0 € ausgezahlt. Für die Folgejahre erfolgt jeweils zum 30.06. des Jahres in 2023 eine Auszahlung in Höhe von 358.362,00 € und ab 2024 in Höhe von 360.547,00 €.

Berechnung:

Siegen: 16.432 (Kinder und Jugendliche lt. IT-NRW zum 31.12.2020 in Siegen)

NRW: 3.017.836

Quotient: 0,54%

Leistung	Ausgleich NRW	Ausgleich Siegen	Kostenart
§ 8, Qualitätsentwicklung	812.617 € : 186 Jugendämter NRW	2022: 0,00 € 2023: 2184,45 € 2024: 4368,91 €	Personalkosten
§ 5, fachliche Standards im Kinderschutzverfahren	54.487.654 € *0,54%	296.683,18 €	Personalkosten: 257.985,36 € Sachkosten: 25.798,54 € Verwaltungsgemeink.: 12.899,27 €
§ 9, Netzwerk Kinder-	14.204.762 €	59.494,56 €	Personalkosten

schutz			für 0, 5 VZÄ : 45.089,37 Sachkosten: 5.000 € Fortbildungskosten: 9.405,19 €
Summen			
2022	45.794.944 €	237.452,00 €	zum 30.09.2022
2023	69.098.724 €	358.362,00 €	zum 30.06.2023
ab 2024	69.505.033 €	360.547,00 €	zum 30.06.2024

Die Mittel werden zweckgebunden verwendet. Bzgl. der Mittel zu § 5 werden diese teilweise zur Erfüllung des Gesetzauftrages und teilweise zur Refinanzierung vorhandener Stellenanteile für diesen Aufgabenbereich eingesetzt, da die hier umgesetzten Standards den gesetzlichen Forderungen bereits jetzt weitestgehend entsprechen.

Ein Verwendungsnachweisverfahren findet laut o.g. Leistungsbescheid nicht statt.

Die Mittel werden vereinnahmt unter:

Produkt: 06.01.01 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Kostenträger: 06.01.01.00

Konto: 4131000

Kostenstelle: 530000

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
---	--	---	--

Erläuterung Klimarelevanz

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

Im Auftrag

gez.

Georg Ritter
Abteilungsleiter 5/3 Soziale Dienste

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.